

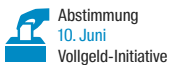
Die Unverstandenen

Vollgeld Sie werden als Marxisten und Idealisten beschimpft, weil sie das Schweizer Geldsystem ändern wollen. Wer sind die Wortführer der Vollgeld-Initiative?

Andrea Tedeschi

Kaum hat man ihn begrüsst, kommt er zum Thema. Am Vorabend habe er in der Nationalbank einen Vortrag gehört, sagt Reinhold Harringer, einer der beiden Sprecher der Vollgeld-Initiative. Was Präsident Thomas Jordan gesagt habe, «das stimmt einfach nicht». Er habe in der Fragerunde am Schluss nur zwei oder drei Sätze sagen können, regt er sich auf. Dabei hätte er viel mehr zu ergänzen gehabt. «Die Gegner sollen die Informationen vollständig darstellen und nicht die sehr zentralen Fakten einfach auslassen.» Harringer steht auf dem Zürcher Paradeplatz, trägt Bart, kariertes Hemd, randlose Brille. Der 68-Jährige hat am Text zur Vollgeld-Initiative mitgewirkt, ist Volkswirt und prägt den Abstimmungskampf mit dem um die Hälfte jüngeren Raffael Wüthrich.

Man kann sich darauf verlassen: Wenn sich die Vollgeld-Initianten überhört, missverstanden oder falsch wiedergegeben fühlen, werden sie laut, wollen



berichtigen, wirken aufdringlich. Sie müssen auch eine anspruchsvolle Vorlage erklären. Vereinfacht gesagt, will sie, dass das Bankensystem nachhaltig verbessert, für die Kunden sicherer wird und einzig die Nationalbank Geld schaffen darf. So wie viele Bürger es heute schon annehmen. Doch bei den meisten hört das Verständnis schon beim Wort Vollgeld auf.

Ihm geht es nicht um Zahlen

Es bleiben knapp vier Wochen, bis das Schweizer Stimmvolk am 10. Juni über die Vorlage abstimmt. 35 Prozent wollen ihr zustimmen, sagt eine SRG-Umfrage vor zehn Tagen. 16 Prozent sind noch unentschieden. Zu wenig für einen Sieg, zu viel, um die Hoffnung aufzugeben. Die Initianten schreiben Leserbriefe, decken Journalisten mit langen E-Mails ein, schleichen sich in Pressekonferenzen des Bundesrats, korrigieren die Argumente der Gegner, bevor die Gegner ihre Argumente vortragen können. Kurz: Sie gehen vielen auf die Nerven. «Natürlich kann jemand dagegen sein, aber einfach nichts Unwahres behaupten», sagt Harringer, er sitzt inzwischen im Café Sprüngli am Zürcher Paradeplatz.

Die Vollgeld-Idee hat viele gegen sich: Keine Partei unterstützt sie, Banken und Wirtschaftsvertreter kritisieren sie als riskantes Experiment, bezeichnen die Initianten als Exoten. Es ist für Harringer darum eine Genugtuung, dass laut SRG-Umfrage 59 Prozent der Bevölkerung trotzdem finden, das heutige Bankensystem brauche eine Korrektur. Es ist für ihn unbegreiflich, dass sich 650 von 750 Schweizer Ökonomen in einer Umfrage des Westschweizer Fernsehens nicht zum Vollgeldsystem geäußert hatten. «Geld ist zentral für unser Wirtschaftssystem», sagt Harringer. «Und so viele Ökonomen haben keine Meinung dazu?» Er schliesst daraus, dass viele von ihnen «das Geldsystem nicht verstehen». Klingt das nicht etwas überheblich? Er überlegt und sagt: «Ja, das stimmt, das könnte so rüberkommen.»

So energisch, wie er und seine Mitstreiter auftreten, hätte man eine andere Reaktion erwartet. Harringer ist ein gmögiger Typ, einer, der Selbstkritik äussert und noch besser zuhören als reden kann. Ist der Ökonom ein Kommunist, wie Gegner die Initianten schimpfen? «Ich? Nein!», sagt er, der parteilos ist. «Der Kapitalismus ist super in der Produktion, aber wir müssen die Güter noch



Kann nur einen kurzen Moment daheim durchatmen: Raffael Wüthrich, einer der beiden Sprecher der Vollgeld-Initiative.

Bild: Plus Amrein (Bolligen, 4. Mai 2018)

besser verteilen.» Das kapitalistische System abschaffen, das will er nicht, das sei eine Idee von linken Träumern. Ihn beschäftigt mehr, wie alle von einem System profitieren können, das nach Wachstum und Gewinn strebt. Die Antwort ist für ihn die Vollgeld-Initiative, weil mit ihr das Geldsystem der Allgemeinheit dient – und nicht wie heute umgekehrt. Harringer studierte an der HSG in St. Gallen Aussenwirtschaftspolitik und Entwicklungsländer, ein Spezialgebiet der Volkswirtschaft, heiratete mit 25 Jahren, wurde Vater, stieg in der Finanzverwaltung der Stadt St. Gallen ein, die er später über 20 Jahre lang leitete. «Mir ist es nie um Zahlen gegangen», sagt er, sondern um Beziehungen zwischen Menschen. Es sei ein Irrtum, dass ein Finanzverwalter nur Geld verwalte. Vielmehr gehe es darum, Orte zu unterstützen, die Menschen zusammenbrächten: Tagesstätten, Sportzentren, Kleintheater. Privat gründete er

die Zeitbörse, ein System, das der Übermacht des Geldes entgegenwirken soll: Menschen tauschen eine Stunde Arbeitsleistung gegen eine andere. Vor sieben Jahren ging er in Pension, trotzdem ist er vom Geld nicht losgekommen. Er wäre mit Jahrgang 1950 ein typischer 68er. Doch anders als ihm manche unterstellen, «bin und war ich nie für Revolutionen zu haben». Er wolle in kleinen Schritten vorangehen, sagt Harringer und steht auf. Das nächste Interview wartet.

Vom Kapitalist zum Aktivist

Gleicher Tag, anderer Ort: Vom gleichen Interview trifft Raffael Wüthrich, der zweite Initiativsprecher, später bei sich zu Hause ein. Er ist spät dran. «Es ist viel grad», entschuldigt er sich, drückt einen Anruf weg. Er lebt mit Frau und Tochter in Bolligen bei Bern in einer Wohngemeinschaft. Mit den acht weiteren Mit-

bewohnern teilen sie sich ein Herrenhaus mit Umschwung und ein Bankkonto. Vor der Haustür liegen Kisten mit Rüebli, Petersilienwurzeln und Zwiebeln – alles Bio. Der eloquente Berner gehörte 2011 zu jenen Linksalternativen, die auf dem Zürcher Lindenhof als Occupy Paradeplatz gegen die Banken protestierten. Als Vertreter der Bewegung wettete er im SRF-«Club» gegen das Bankensystem. «Ich bin überhaupt kein Feind der Banken oder der Banker», sagt er. Es könne aber nicht sein, dass der Steuerzahler die Banken retten müsse, so wie die UBS im 2008. Als Folge wurden die Bankenvorschriften etwa an das Eigenkapital erhöht, die Einlagensicherung gestärkt, und Kundengelder besser zu schützen. Das geht den Initianten aber zu wenig weit. «Das funktioniert gut in einer «Schönwetterlage» wie jetzt, sagte Wüthrich in der Sendung «Arena», nicht aber in einer neuen Finanzkrise.

Wüthrich führte mal ein Leben, das er mit dem eines Kapitalisten vergleicht: Er fuhr im Geschäft einen Audi, nutzte eine Wohnung im schicken Zürcher Kreis 6 und hatte eine in Interlaken. «Ich war unglücklich und merkte, dass ich kein Karrieretyp bin», sagt er auf der grossen Terrasse, in der Ferne das Berner Münster. Er fiel in eine Midlife-Crisis, kündigte seinen gut bezahlten Job in der Kommunikation eines Medienverlags, übernahm ein Geschäft für Massanzüge. Er hatte nun mehr Zeit, konnte viel lesen, zum Beispiel Sachbücher mit Titeln wie «Die 5-Stunden-Woche», «Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft» oder «Befreiung vom Überfluss». Er stellte Ungleichheiten im Bankensystem fest. Ist er ein Idealist geworden? Er sagt es so: «Ich habe meine Überzeugungen und bin immer wieder erstaunt, wie wenig sie andere Menschen haben.»

Er trägt eine markante Brille und ockerfarbene Hosen. Normalerweise arbeitet der 32-Jährige als Projektleiter in der Stiftung für Konsumentenschutz. Aktuell ist er für die Initiative unterwegs. Er redet lange darüber, dass er an der Hochschule für Wirtschaft Journalismus und Kommunikation studierte, später als Video-Journalist bei Keystone innert kurzer Zeit fünf von sieben Bundesräten interviewte und sehr viele CEOs. Er sagt es nicht ohne Stolz, es will nicht recht zum Klagenden passen. Länger redet er über die Probleme unserer Gesellschaft. «Sie werden immer grösser», sagt er und zählt auf: Klimawandel, abnehmende Biodiversität, mehr Burn-outs, hohe Suizidraten. Hört man ihm zu, bekommt man ein düsteres Bild dieser Welt. Ist es wirklich so schlimm? Er widerspricht, es gebe sehr viel Positives, gerade in der Schweiz. Er muss weiter, am Abend am Piano mit seiner Funk-Rock-Jazz-Band «Major B.» auftreten. So viel Freizeit muss sein. Ihm und Reinhold Harringer bleiben ein Monat, den Bürgern den Kern ihrer Idee zu erklären. Sie wollen nicht ruhen. Man wird von ihnen hören.

Das will die Vollgeld-Initiative

Geldschöpfung Das Volksbegehren will ein stabileres Geldsystem schaffen. Das soll erreicht werden, indem nur noch die Schweizerische Nationalbank (SNB) Geld schöpfen kann. Geschäftsbanken hingegen dürften kein Geld mehr schaffen. Heute schöpfen sie den grössten Teil des Geldes, indem sie Kredite vergeben, die nicht durch Spareinlagen gedeckt sind. Künftig dürften die Banken nur noch Kredite vergeben, die zu 100 Prozent von der SNB gedeckt sind. Das heisst, nicht nur Banknoten und Münzen, sondern auch elektronisches Geld (Buchgeld). Die Geschäftsbanken wären zwar weiterhin für den Zahlungsverkehr zuständig, ihnen wäre es aber untersagt, mit Geldern von sogenannten Zahlungsverkehrskonten wie zum Beispiel Lohnkonten zu wirtschaften. Die Kunden-

gelder auf diesen Konten wären im Fall eines Konkurses geschützt. Ausserdem soll die SNB Geld schuldfrei in Umlauf bringen, also ohne Gegenleistung, indem sie es direkt an Bund, Kantone und die Bevölkerung verteilt.

Gegner befürchten mit dem Systemwechsel ein Experiment mit ungewissem Ausgang, der ohne Not geschieht. Das System würde teurer, schwerfälliger und weniger gut steuerbar. Sie befürchten, dass es der SNB erschweren würde, eine Geldpolitik zu verfolgen, welche die Preisstabilität sichert und zu einer stabilen Entwicklung der Wirtschaft beiträgt. Problematisch wäre auch die schuldfreie Schaffung von Geld, sie könnte Begehrlichkeiten wecken. Die Schweiz wäre das erste Land mit einem Vollgeld-System. (ted)

«Ich bin und war nie für Revolutionen zu haben.»



Reinhold Harringer
Sprecher Komitee Vollgeld-Initiative

Ein Toter und vier Verletzte in Paris

Frankreich Im Zentrum von Paris hat gestern ein mutmasslicher islamistischer Terrorist einen Passanten getötet und vier weitere Personen verletzt. Die Polizei erschoss den aus Tschetschenien stammenden und mit einem Messer bewaffneten Angreifer. Der Angreifer habe bei seiner Tat «Allahu Akbar» (arabisch für: «Gott ist gross») gerufen, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Sie berief sich auf die Aussagen mehrerer Zeugen. Staatspräsident Emmanuel Macron erklärte, Frankreich habe erneut «den Preis des Blutes» bezahlt. Das Land werde aber vor den «Feinden der Freiheit» keinen Zoll zurückweichen, sagte Macron. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) reklamierte den Angriff vom Samstagabend für sich. (sda)

13 Tote bei Anschlägen

Terror Indonesiens zweitgrösste Stadt Surabaya auf der Insel Java wurde gestern von einer Serie von Selbstmordanschlägen auf Gottesdiensten erschüttert. In drei christlichen Kirchen starben mindestens 13 Menschen. Laut Polizei stammen die Täter aus einer einzigen Familie.

Die Explosionen ereigneten sich während der sonntäglichen Gottesdienste innerhalb weniger Minuten. Insgesamt waren drei Kirchen betroffen. Ein Wachmann berichtete, dass unter den Attentätern auch eine Frau mit zwei Kindern gewesen sei. Die Frau sei an einer Sperre gestoppt worden. Dann habe sie den Sprengsatz gezündet. (sda)

Eröffnung ohne Trump

Jerusalem Die Einweihung der neuen US-Botschaft in Jerusalem wird von einem grossen Militär- und Polizeiaufgebot begleitet. Die Palästinenser kündigten massive Proteste an.

Susanne Knaut, Jerusalem

Am Ende wird die Einweihung der US-Botschaft in Jerusalem ohne Präsident Donald Trump stattfinden. Trump will aber per Videoschaltung eine Rede bei der Veranstaltung halten. Als höchster Vertreter aus dem Weissen Haus wird der stellvertretende Aussenminister John Sullivan erwartet, wenn das bisherige Konsulatsgebäude im Jerusalemer Viertel Arnona heute offiziell zu «einem Teil der Botschaft» wird. Der Stab wird vorläufig nicht komplett von Tel Aviv nach Jerusalem umziehen.

Bei den Palästinensern sorgt der politische Akt dennoch für grossen Unmut. Jihia al-Sinwar, Chef des Hamas-Politbüros, sprach in Gaza von der «emotionalen Bindung» seines Volkes zu Jerusalem, «dem Herzen seines Volkes». Morgen jährt sich bereits zum 70. Mal die Nakba (deutsch: Katastrophe oder Unglück). An diesem Tag erinnern die Palästinenser jeweils an die Vertreibung und Flucht von rund 760 000 Landsleuten, die im Jahr 1948 auf die Gründung des Staats Israel folgten. Im Grenzgebiet zum Gazastreifen sind Massenproteste geplant.

Die Botschaftseröffnung birgt deshalb enormes Sprengpotenzial. 70 Jahre nach der Gründung Israels ist der Status Jerusalems international nach wie vor zu klären. Bei bisherigen Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation



Das Gebäude der neuen US-Botschaft in Israel.

Bild: Abir Sultan/Keystone (Jerusalem, 13. Mai 2018)

(PLO) gehörte Jerusalem zu den zentralen Knackpunkten. Beide Völker beanspruchten Jerusalem als ihre Hauptstadt.

Bereits im Dezember, als Trump im Alleingang Jerusalem offiziell als Hauptstadt Israels anerkannte, setzte die PLO die Kontakte zum Weissen Haus aus. Trump habe sich als «befangenen» entlarvt, so argumentierte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und wettete gegen Botschafter Friedman,

der «ein Siedler» sei und ein «Hundesohn». Friedman ist entschiedener Unterstützer der israelischen Siedlungspolitik und Gegner eines palästinensischen Staates.

Unter dem Motto «Jerusalem ist eine arabische, islamische und christliche Stadt» kündigten mehrere palästinensische und arabisch-israelische Organisationen Proteste in Israel und im Westjordanland an. Mohammad Barake, ehemals Knessetabge-

ordneter der antizionistischen Partei Chadasch, will vor dem Botschaftshaus in Arnona demonstrieren, wo ein polizeiliches Sonderaufgebot postiert ist. Zeitgleich planen die Palästinenser Kundgebungen in Ramallah, Bethlehem und Hebron.

Umstritten ist auch das Gelände, auf dem sich die Jerusalemer Botschaft befindet, denn es gehört weder zu West- noch zu Ostjerusalem, sondern liegt im sogenannten Niemandsland,

einer Zone, die bis zum Sechstageskrieg 1967 als demilitarisierte Puffer zwischen Israel und dem damals von Jordanien kontrollierten Ostjerusalem diente.

Laut Alexis Alexander, stellvertretendem Presseattaché der US-Botschaft, soll «bis zum Ende des kommenden Jahres» ein weiterer Komplex auf dem Gelände entstehen, um «dem Botschafter und seinem Team erweiterte Übergangskapazitäten» zu schaffen. Hauptsitz des diplomatischen Corps bleibt jedoch Tel Aviv. Botschafter David Friedman bekommt ein Büro in Jerusalem, wird aber den Hauptteil seiner Arbeit weiter von Tel Aviv aus erledigen. Eine endgültige Entscheidung über den permanenten Sitz der US-Botschaft in Jerusalem stehe aus.

Verlegung ruft zwei Nachahmer auf den Plan

Trump's Botschaftsverlegung hat bereits zwei Nachahmer auf den Plan gerufen. Ende dieser Woche soll die Eröffnung der neuen Botschaft Guatemalas in Jerusalem stattfinden, zu der Präsident Jimmy Morales eigens nach Israel kommen will. Regierungschef Netanjahu zeigte sich grosszügig und will den Schaden übernehmen, den der spontane Umzug Guatemalas an Miete im bisherigen Botschaftsgebäude in Tel Aviv kostet. Dabei geht es um eine Viertelmillion Euro. Auch Paraguay signalisierte Umzugspläne. Israel hofft, weitere Staaten zur Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt zu bewegen.

Forum

Was für die Vollgeld-Initiative spricht

Zur nationalen Abstimmung über die Vollgeld-Initiative am 10. Juni

Als parteiloser Schweizer Bürger sage ich ja zu Vollgeld, weil ich gerne arbeite. Ich arbeite jedoch nicht gerne für Geld ohne Gewähr. Vollgeld heisst so, weil es durch die Nationalbank voll gedeckt ist. Wenn Privatbanken Geld schöpfen dürfen, warum erlauben wir dies nicht den Landwirten, der Stadt Sursee, dem Zirkus Knie und den Hausfrauen? Die haben schliesslich auch Ideen, wie sie neu geschöpftes Geld am Markt sicher investieren würden. Ich bezahle Steuern an die Stadt Sursee. Und Sursee bezahlt damit Zinsen und Bankkredite an Privatbanken, die Geld schöpfen? Warum soll die Stadt Sursee dieses Geld nicht selbst schöpfen oder bei der Nationalbank günstig aufnehmen?

Sie spüren es: Die Geldschöpfung durch Privatbanken ist einer direkten Demokratie nicht würdig. Privatbanken bedienen heute in der Schweiz direkt die Notenpresse. Gleichzeitig sind sie am Arbeitsmarkt mit Spitzenlöhnen mit der übrigen Wirtschaft in Konkurrenz. Dies nennen Fachleute einen ordnungspolitischen Fehler. Vollgeld korrigiert diesen Fehler. Wer täglich hart für sein Geld arbeitet und Steuern bezahlt, will nur für

Vollgeld arbeiten. Politiker und Wirtschaftsführer fahren mit schwerem Geschütz gegen die Vollgeldinitiative auf. Die Behauptung, Vollgeld sei etwas Neues für unser Land, ist schlicht falsch. Vollgeld ist auch kein Hochrisikoexperiment oder schlecht für die Wirtschaft oder die Zinsen. Mit der Gründung von Kantonalbanken mit Staatsgarantie schufen wir schon einmal demokratisch legitimes Vollgeld. Wir fürchteten damals weder Herrn Markt, noch Frau Wirtschaft und auch nicht das Ausland.

Ivo Muri, Sursee

Die Vorstellung, wie Geschäftsbanken nach Lust und Laune «Buchgeld» in Monopoly-Manier hervorzaubern, ist selbst für Laien wie mich erschreckend. Selbstverständlich kann man blauäugig glauben, dies geschehe in verantwortungsvoller Weise. Ob die Finanzmarkt-aufsicht im ganzen Dschungel die Kontrolle und den Durchblick behält, sei ebenso dahingestellt. Mit solchem fiktiven Geld und all den unübersichtlichen Verflechtungen im Finanzsektor sind unverständliche Finanzprodukte gepaart mit anlegerseitiger Spekulationswut sowie bonigesteuerten Bankern die todsichere Basis für den nächsten Börsen-Crash. Ebenso

selbstverständlich ist dann das obligate Aha-Erlebnis der sogenannten «Experten», da man im Nachhinein immer schlauer ist. Betrachtet man die heutigen Mikro-Renditen für Sparkapitalien, wird klar, dass das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht mehr funktioniert. Darunter leiden nicht nur Kleinsparer, sondern auch Pensionskassen, von denen wir alle gute Rentenleistungen erwarten. Könnte das eventuell daran liegen, dass Banken mit «Buchgeld» ein künstliches Geld-Überangebot kreieren haben? Meines Erachtens gehört die Geldmengensteuerung ausschliesslich in die Hände der Nationalbank (SNB). Dort scheint man sich jedoch vor der grösseren Verantwortung zu fürchten. Ich hingegen sehe die Vollgeld-Initiative als Chance für die SNB, verbunden mit einer verbesserten Kontrollmöglichkeit. Seitens der Banken werden jetzt unrealistische Horrorszenarien verbreitet, vermutlich, weil man die externe Kontrolle und Macht- und Gewinnelbussen fürchtet. Ich denke, billiges Geld im Überfluss alleine schafft es nicht, die Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Die Vollgeld-Initiative beschreibt einen neuen Weg und verdient eine Chance.

Rudolf Frauchiger, Emmenbrücke

Tempo 50 am Schulhüschen vorbei

«Kriens will das Tempo drosseln», Ausgabe vom 20. April

Im Umfeld und angrenzend an die Gemeindehausstrasse in Kriens sind alle Strassen tempo-reduziert. Nur an der Gemeindehausstrasse, an die ein Schulhüschen mit Kindergarten und erster und zweiter Klasse grenzt, gilt weiterhin Tempo 50. Diese Limite wird öfter stark übertreten. Seit 2013 habe ich jeden Gemeindepräsidenten deswegen kontaktiert. Mit

unserem jetzigen, grünen Gemeindepräsidenten bin ich seit 2015 im Gespräch und im Briefwechsel. Ich wurde immer wieder mit ungläubigen Ausreden vertröstet. Schon lange wird das Gesamtverkehrskonzept vorgeschoben, aber auch heute kursieren nur konfuse Angaben zu Ausführung und Zeitplan.

Und ausgerechnet mein Anliegen, Tempo 30 auf dem nördlichen Teil der Gemeindehausstrasse, fällt nun im Gesamtverkehrskonzept zwischen

Stuhl und Bänke. Auf dem in der Zeitung abgebildeten Plan ist ersichtlich, dass bis Schachenstrasse bis Villenstrasse eine Begegnungszone gelten soll, am Schulhüschen vorbei dürfte aber weiter Tempo 50 gefahren werden. Da fehlt doch jegliche Vernunft. Ich hoffe, die Gemeindebehörde nimmt ihre Verantwortung wahr und realisiert diese Temporeduktion möglichst bald.

Toni Omlin, Kriens

Liebevoll umsorgt, dankbar und glücklich

«Pfleger: Helme kämpfen um Mitarbeiter», Ausgabe vom 7. Mai

Über Altersheime ist in der letzten Zeit so viel Negatives in den Zeitungen gestanden (für alle Gemeinden). Aber so kann ich das für unsere Gemeinde Emmen nicht stehen lassen. Bei über 30 000 Einwohnern haben zwei wunderschöne Altersheime, eines in der Alp mit dem Mattli und das neueste im Emmenfeld. 350 Mitarbeiter sind für das Wohl von so vielen Bewohnerinnen und Bewohnern verantwortlich. Dass diese Arbeitenden einen anständigen Lohn verdienen, ist für mich als

ehemaliger Gewerkschaftspräsident Ehrensache. Als bald 97-jähriger Mann bin ich seit mehr als zehn Jahren hier im Mattli Alp. Ich bin voller Dankbarkeit für mein Wohlergehen. Ich habe ein Einzelzimmer mit Balkon, WC, und für sieben Personen gibt es zwei Duschen. Am Morgen gibt es ein vielfältiges Morgenessen, Mittag und Abend können wir von drei Mahlzeiten auswählen, was für unsere alten Bäume das Beste ist. Fast würde ich sagen: Unsere Krankenschwestern lieben uns, denn sie geben uns für unsere Krankheiten immer die richtige medizinische Antwort, oder helfen uns nach dem

Hinfallen aufzustehen. Einen guten Arzt haben wir auch. Meine liebe Frau mussten wir vor elf Jahren wegen Demenz in die Alp überweisen. Sie war kein leichter Fall. Sie wurde sehr liebevoll und mit viel Geduld gepflegt, bis sie nach einem Jahr sterben durfte. Sie kam direkt in den Himmel. Unserem ehemaligen Chef Richard Kolly möchte ich ganz herzlich danken. Die Neubauten, Umbauten und Anbauten haben vielfach seine Handschrift getragen, und auch menschlich war er sehr gut. Ja wir können glücklich und zufrieden danke sagen.

Josef Bachmann, Emmen